

ABLEHNUNG DES BETREUUNGSGELDGESETZES



Veröffentlicht am 22. Juni 2012

Tags: [Beschlüsse](#), [Betreuung](#), [Bildung](#), [Gesetz](#)

Beschluss des Landesvorstandes

Der Landesvorstand der FDP in Sachsen-Anhalt lehnt das Betreuungsgeldgesetz in seiner jetzigen Form ab. Es ist sowohl bildungs- als auch familienpolitisch nicht zu rechtfertigen.

Der Bund-Länder Bildungsbericht, die Wissenschaftliche Kommission (BDI/BDA) und die OECD haben Deutschland darauf hingewiesen, dass das Betreuungsgeld falsche Lenkungsanreize für eine Bildungspolitik setzt, die gute Bildungschancen setzt.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zur Bildungsrepublik auszuzeichnen. Die Bundesregierung investiert innerhalb von 4 Jahren rund 12 Milliarden in die Bildung, um dieses Ziel zu erreichen. Denn von gut ausgebildeten Menschen und Innovationen hängen Wachstum und Wohlstand.

Das Betreuungsgeld führt zu alten Familienmodellen á la „Kinder, Küche, Kirche“ und beraubt Eltern eine wirkliche Wahlfreiheit, weil sie mangels Alternativen keine Alternative haben. Gerade Bayern hat seit Jahren vor allem aber den Krippenplatzausbau verschleppt.

Wir wollen daher kein Betreuungsgeld, sondern Bildungsgutscheine für Kinder! Diese sollen für die kostenfreie Nutzung von KiTa-Plätzen, aber auch in Musik- und Sportvereinen oder anderen Förderungen eingesetzt werden können. Damit sind keine Steuern zu zahlen, denn das Geld kommt den Kindern und Eltern zu und die Wahlfreiheit der Eltern bleibt gewahrt.